

Verfahren gegen Trump läuft

Amtsenthhebung angestrebt

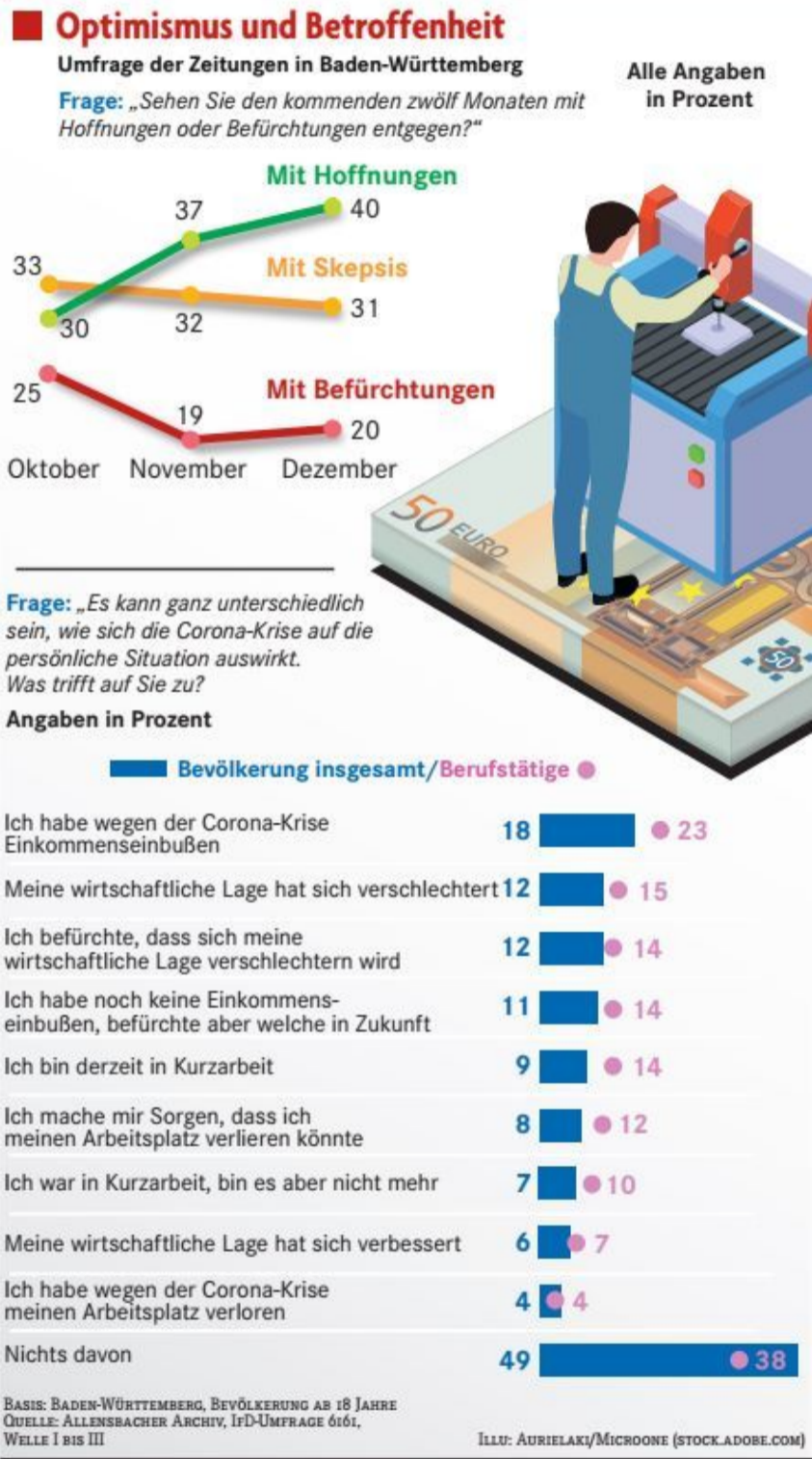
WASHINGTON (dpa). Eine Woche nach der Erstürmung des US-Kapitols durch Anhänger von Donald Trump hat das Repräsentantenhaus ein erneutes Amtsenthebungsverfahren gegen den abgewählten Präsidenten eröffnet. Die Kongresskammer stimmte am Mittwoch mehrheitlich dafür, dass sich Trump im Senat wegen „Anstiftung zum Aufruhr“ verantworten muss. Trump habe „Terroristen“ angestachelt und damit den Angriff auf den Kongress herbeigeführt, sagte der demokratische Abgeordnete Jim McGovern zu Beginn von Beratungen im Repräsentantenhaus. Einige Republikaner unterstützen den Vorstoß. Eine Entscheidung im Amtsenthebungsverfahren fällt im Senat, der anderen Kongresskammer. *Seite 7*

Die Wenigsten sehen sich als Verlierer in der Corona-Krise

Umfrage der Tageszeitungen: Baden-Württemberger blicken aber mit einiger Sorge in die Zukunft

Von Ronny Gert Bürckholdt (Text) und Josef Dresemann (Grafik)

FREIBURG. Trotz der schwersten und längsten Wirtschaftskrise seit Ende des Zweiten Weltkriegs sagen gerade zwölf Prozent der Bürger und 15 Prozent der Beschäftigten im Südwesten, ihre ökonomische Lage habe sich verschlechtert. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage hervor.



Nawalny kündigt an, nach Moskau zurückzukehren

MOSKAU/IBACH (dpa). Nach seiner Vergiftung will der Kreml-Kritiker Alexej Nawalny am Sonntag nach Moskau zurückkehren. Das teilte er auf Twitter mit. Nawalny hält sich nach dem Mordanschlag mit dem Nervengift Nowitschok seit August zur Heilung in Südbaden auf. Die Frage einer Rückkehr habe sich für ihn nie gestellt, weil er Russland nicht selbst verlassen habe, so der 44-Jährige. In einem Video lobte er Deutschland. „Das ist ein klasse Land.“ Aber er sei nicht auf eigenen Willen hier. *Seite 4*



18 Prozent der für den BaWü-Check Befragten berichteten, sie hätten während der Pandemie Einkommenseinbußen erlitten. Das Gros der Menschen bewertet seine wirtschaftliche Situation als unverändert oder gar als verbessert (siehe Grafik unten). Auch mit Blick auf ihre persönliche wirtschaftliche Lage in der Zukunft geht nur eine Minderheit davon aus, dass es bergab gehe: Zwölf Prozent fürchten demnach, dass sich ihre wirtschaftliche Lage verschlechtern wird.

Pessimistisch zeigt sich die Mehrheit mit Blick auf die allgemeine Entwicklung. 28 Prozent der Bürger gingen von einem Aufwärtstrend in der Wirtschaft in diesem Jahr aus, 37 Prozent von einem Abwärtstrend, 24 Prozent erwarten keine Veränderung. Befragt wurden sie Mitte Dezember, als der harte Lockdown debattiert und beschlossen wurde, und sich Meldungen über die Zulassung erster Corona-Impfstoffe erhärteten. 51 Prozent blicken alles in allem mit Skepsis oder Befürchtungen auf die nächsten zwölf Monate. Der Anteil der Menschen, der hoffnungsvoll nach vorn schau, stieg zwischen Oktober und Dezember von 30 auf 40 Prozent. *Tagesspiegel; Seite 2*

Umfrage: CDU und Grüne liegen im Land gleichauf

STUTTGART (dpa). Zwei Monate vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg liefern sich Grüne und CDU ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Würde am Sonntag gewählt, kämen die derzeitigen Regierungspartner auf je 30 Prozent, geht aus einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag der Bild-Zeitung hervor. Im Vergleich zur letzten Umfrage vor zwei Monaten verliert die CDU einen Punkt, die Grünen gewinnen einen. SPD und AfD liegen bei zwölf Prozent, die FDP liegt bei acht. Die Linke wäre mit vier Prozent erneut nicht im Landtag vertreten.

UNTERM STRICH



Dunkel war's, der Mond schien helle

Unterbelichtet: Sollten Gemeinden nachts das Licht abschalten? / Von Alexander Dick

Wer im fernen südlichen Neuseeland des Nachts das Observatorium auf dem Mount John besuchen möchte, sollte ein waches Auge mitbringen. Das gilt auch für die Busfahrer, die einen dorthin befördern. Einige hundert Meter vor dem Gipfel müssen sie die Scheinwerfer ihrer Fahrzeuge ausknipsen. Und als Besucher bekommt man nur ein winziges Panel mit einem roten LED-Lämpchen – mehr Licht darf nicht sein. Weshalb? Damit die einsame Region möglichst finster bleibt und den Sternguckern einen unversandelten Blick ins All erlaubt.

Lichtverschmutzung ist dort ein Fremdwort. Von solchen Verhältnissen kann man in Europa nur träumen. Breit-

nau vielleicht ausgenommen. Dort wird, wie wir wissen, seit Mitte Dezember im Ortskern die Straßenbeleuchtung ausgeknipst – von 20.30 bis 5.30 Uhr. Allerdings nicht, weil man dann den winterlichen Sternhimmel besser sehen kann. Sondern weil die Menschen draußen um diese Zeit eh' nichts mehr zu suchen haben – Stichwort: Ausgangsbeschränkung. Nun aber wird diskutiert. Ob die Leute, die trotzdem raus müssen, nicht mehr gefährdet seien. Ob die geringen Einsparungen ein solches Risiko rechtfertigten. Und ob der Versicherungsschutz dann nicht auch unterbelichtet sei. Von paradiesischen Bedingungen für Langfinger ganz abgesehen. Wobei hier gleich eingewen-

det werden darf: Von einer erhöhten Einbruchrate in der Gegend um den Mount John und den Lake Tekapo ist nichts bekannt. Freilich – große Spiegelteleskope lassen sich im Dunkeln nicht so einfach wegschaffen, zumal, wenn die Autoscheinwerfer ausgeschaltet sein müssen. Ob das als Argument ausreicht, um die Gemüter zu beruhigen?

Am Sinn der Weihnachtsbeleuchtung in nächtlich verwaisten Innenstädten wurden ja auch Zweifel angemeldet. Viele Gemeinden ließen sie trotzdem leuchten – ein bisschen Fest muss sein. Ein bisschen Licht auch. Erfahrene Gassi-Geher vertrauen deshalb ihrer Stirnlampe. Ob in Neuseeland, Breitnau oder sonstwo.

TAGESSPIEGEL

Zukunftssorgen im Südwesten Verzagen ist nicht!

Von Thomas Fricker

Die jüngste Umfrage der baden-württembergischen Zeitungen zeichnet ein widersprüchliches Bild, und womöglich spiegelt diese Momentaufnahme deshalb die Stimmung der Bevölkerung im Südwesten umso präziser wider.

Persönlich hat nur eine Minderheit schon finanzielle Rückschläge erlitten, und auch die Zahl derer, die mit künftigen Einbußen rechnen, hält sich in Grenzen. Gleichwohl fällt der Blick in die Zukunft skeptisch aus – wie könnte dies angesichts der angespannten Pandemielage auch anders sein.

Immerhin bewertet eine Mehrheit die wirtschaftliche Lage in dieser Jahrhundertkrise als gut oder sehr gut, und allgemein sind die Landeskinde optimistischer als im Bundesdurchschnitt.

Dies darf wohl als Beleg dafür gelten, dass in Baden-Württemberg in der Vergangenheit einiges richtig gemacht worden ist; sonst wäre den Menschen die Zuversicht stärker abhanden gekommen. Erkennbar wird aber auch, was der nächsten Landesregierung abverlangt werden wird: den Wohlstand hierzulande trotz Corona zu sichern und das Gemeinwesen stabil zu halten.

Die Voraussetzungen dafür könnten besser sein. Die Defizite bei der Digitalisierung sind längst ärgerliches Allgemeingut. Zudem bezweifelt ein stattlicher Teil der Bürgerschaft, dass der aktuellen Regierung die Balance zwischen Wirtschaftswachstum und Klimaschutz wirklich gelungen ist. Sogar Übervater Winfried Kretschmann offenbart hier gewisse Schwächen.

Darüber hinaus rechnen viele Bürgerinnen und Bürger damit, dass die Innenstädte als Folge der Lockdowns dauerhaft veröden. Träte dies ein, müssten sich gerade ohnehin bereits heftige getroffene Branchen wie Einzelhandel und Gastronomie auf noch schlimmere Unbill einstellen. Fiele außerdem die Automobilindustrie als Wachstumstreiber aus, könnte sich Baden-Württembergs Zukunft düster gestalten.

Das muss aber nicht so kommen. Die demokratischen Parteien im Südwesten sind aufgerufen, konstruktiv um Auswege mit Perspektive zu ringen. Und für die Bürger gilt: Verzagen ist nicht!

► fricker@badische-zeitung.de

Das Wetter

Trüb, zeitweise Schneefall, anfangs Regen. Um 1 Grad.



Wetterbericht, Seite ???

Die Börse in Kürze 13.01.2021

Dax	Dow Jones	Euro
13939,71 + 0,11 %	31145,84 + 0,25 % / 20:20 Uhr	1,2166 \$ + 0,04 %

Börsenkurse und Wirtschaft, Seite ???

Ausgabenkennung

